

Silvester auf Madeira
 Leserreise vom 25.12.2018 – 1.1.2019
 Telefonische Beratung und Buchung unter
 05 41/310 880 (Mo. – Fr. 9 – 18 Uhr) oder
 per Mail an reisen@noz.de sowie in den
 Geschäftsstellen Ihrer Zeitungen.
 Weitere Reisen: www.noz.de/reisen

REGION

Möhle fordert mehr Wertschätzung

OSNABRÜCK Es brauche mehr Wertschätzung für das Handwerk, sagt der neue HWK-Präsident Reiner Möhle. Die Stärke der Region sieht er vor allem in der wirtschaftlichen Ausgeglichenheit und der hohen Zahl von Familienbetrieben. *nika/Seite 9*

POLITIK

Bessere Qualität in deutschen Kitas

BONN Die Qualität in deutschen Kitas hat sich laut einer Studie verbessert. Allerdings bestünden weiter „Qualitätsunterschiede“ zwischen den Ländern, heißt es in dem „Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann-Stiftung. *KNA/Seite 4*

NORDWEST

CDU stellt Beiträge für Straßen infrage

HANNOVER Für die Anwohner sind Straßenbaubeiträge ein Ärgernis. Seit Jahren kämpfen Bürgerinitiativen für die Abschaffung. Nun stellt auch die Regierungspartei CDU die Beiträge infrage. Der Koalitionspartner SPD lehnt die Abschaffung ab. *klw/Seite 5*

WIRTSCHAFT

Neue Chance für Nafta-Abkommen

WASHINGTON Im Streit zwischen den USA und Mexiko gibt es Entspannung. Beide Staaten haben einen neuen Vertrag für ein Freihandelsabkommen ausgehandelt. Nun soll auch Kanada für das reformierte Abkommen gewonnen werden. *dpa/Seite 7*

WELTSPIEGEL

Norwegen: Goldene Hochzeit am Hof

OSLO In Norwegen feiern heute König Harald V. und Königin Sonja goldene Hochzeit. In den 1960er-Jahren mussten die jungen Leute ihre Liebe über Jahre geheim halten, weil Sonja aus bürgerlichem Hause kam. *anwa/Seite 25*

KULTUR

Aufregung wegen Erdogan-Statue

WIESBADEN Eine Kunstaktion der Wiesbaden-Biennale sorgt für Aufregung: Seit Montag steht eine vier Meter hohe Statue des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan auf dem Platz der Deutschen Einheit. *epd/Seite 28*

TERMINE

Kinoprogramm, Service und Veranstaltungen in unserer Region. *Seite 20*

Politiker: Angriff gegen Rechtsstaat

Steinmeier und Merkel verurteilen Gewalt in Chemnitz / Linke: Seehofer überfordert



Sechsmal mehr rechte Demonstranten als von der Polizei erwartet zogen am Montag durch die Innenstadt von Chemnitz.

Foto: dpa/Jan Woitas

Der von Rechtsextremen provozierte Gewaltausbruch in Chemnitz sorgt bundesweit für scharfe Kritik. Während in Sachsen die Aufarbeitung beginnt, kündigen Rechte weitere Demos an.

CHEMNITZ/BERLIN Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verurteilen gestern in Berlin die Geschehnisse und warnten vor Selbstjustiz. Steinmeier sagte, er teile Erschütterung und Trauer über die Tötung. „Aber die Erschütterung über diese Gewalttat wurde missbraucht, um Ausländerhass und Gewalt auf die Straßen der Stadt zu tragen“, erklärte das Staatsoberhaupt. Dies verurteile er „aufs Schärfste“.

Merkel sagte, Hetzjagden, wie sie auf Videos vom Sonntag zu sehen seien, hätten „mit unserem Rechtsstaat nichts zu tun“. Es dürfe „auf keinem Platz und auf keiner Straße zu solchen Ausschreitungen kommen“, betonte die Kanzlerin. Zugleich bekräftigte sie das Angebot von Innenminister Horst Seehofer (CSU), Sachsen Unterstützung durch die Bundespolizei zu gewähren. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) bezeichnete die Vorfälle

KOMMENTAR

Klares Bekenntnis

Gewaltbereite Hooligans marschieren in Chemnitz auf, skandieren mit empörten Normalbürgern im Chor „Ausländer raus“-Rufe, es folgen jagdähnliche Szenen. Die Bilanz: zwei Dutzend Verletzte. Und eine Politik, die hilflos scheint. Etwa Innenminister Horst Seehofer, der Tage braucht, bevor er sich zu Wort meldet und dann als Erstes Hilfe der Bundespolizei anbietet. Erst danach verurteilt er die Gewalt, für die im Rechtsstaat kein Platz sei. Was natürlich richtig ist. Und doch: Hilfreiches oder gar Konkretes, wie



Von Melanie Heike Schmidt

Deutschland und speziell Sachsen mit dem Hass, den bestens organisierten Nazi-Gruppen sowie den empörten, entgrenzten Bürgern umgehen soll, lässt Seehofer vermissen. Kein Wort zu dem jahrelang verschleppten Problem der gärenden rechten Masse. Kein Wort zur AfD, die 2019 im Freistaat Sachsen stärkste Kraft werden könnte und die die Ereignisse schamlos

ausnutzt. Auch kein Wort dazu, dass es nicht allein Sache der Politik ist, darauf zu reagieren. An den Protesten haben sich Tausende beteiligt, die der bürgerlichen Mitte zugeordnet werden. Das zeigt: Deutschland hat ein Rassistemus-Problem, und zwar nicht am Rand, sondern in der Mitte. Sich dem zu stellen ist Aufgabe aller. Familien, Freunde, Kollegen, Trainer, Lehrer und auch Promis müssen sich klar gegen Hass und Gewalt aussprechen – genau wie die Politik. *mh.schmidt@noz.de*

als „abscheulich“. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey will am Freitag nach Chemnitz fahren. Eine rechte Kundgebung vor dem sächsischen Landtag in Dresden hatte gestern nur wenig Zulauf. In Chemnitz waren am Montagabend bei Demonstrationen der rechten Bürgerbewegung „Pro Chemnitz“ mit 6000 Teilnehmern und Gegenprotesten mit rund 1500 Teilnehmern laut Polizei insgesamt 20 Menschen verletzt

worden. Die Veranstalter hatten nur 1000 beziehungsweise 500 Teilnehmer angemeldet. Die Polizei war nach eigenen Angaben mit knapp 6000 Beamten im Einsatz und erstattete 43 Anzeigen. Auslöser für die aufgeheizte Stimmung war eine Auseinandersetzung in der Nacht zu Sonntag am Rande des Chemnitzer Stadtfestes. Dabei war ein 35-jähriger Deutscher durch mehrere Messerstiche getötet worden. Zwei Tatver-

dächtige, ein 22-jähriger Iraker und ein 23-jähriger Syrer, sitzen in Untersuchungshaft. Die Ausschreitungen in Chemnitz haben nach Ansicht der Linksfraktion gezeigt, dass Seehofer völlig überfordert ist. Jan Korte, erster parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, sagte unserer Redaktion: „Dass Seehofer erst zu einem Kommentator getragener werden musste, zeigt, dass er im besten Fall völlig überfordert ist oder ihm

im schlechtesten Fall der politische Kompass abhandengekommen ist.“

Auch als Bundesinnenminister sorge Seehofer für gesellschaftliche Spaltung, kritisierte Korte. Er betonte: „Die Zustände in Chemnitz sind auch die Früchte seiner Arbeit.“ In vielen strukturschwachen Gebieten in Ost und West habe die Verrohung dort zugenommen, wo die Menschen keinen Mehrwert in der Demokratie sehen und sich vom Staat im Stich gelassen fühlen. „Statt sich aber für Demokratie und eine funktionierende Gesellschaft einzusetzen, hat Seehofer die Ressentiments noch bedient und seinen innenpolitischen Kurs darauf aufgebaut.“

Unterdessen rückt ein Jahr vor der Landtagswahl in Sachsen die AfD einer Umfrage zufolge in der Wählergunst dicht an die regierende CDU heran. Würden die Wahlberechtigten in dem Freistaat am kommenden Sonntag ihr Kreuzchen machen, wäre die rechtspopulistische Partei zweitstärkste Kraft mit 25 Prozent, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap im Auftrag des MDR zeigt. *wwe, epd/Seite 3*

Rechte Gewalt: Mehr Beiträge dazu lesen Sie auf noz.de/politik

Osnabrück will Baustellen besser steuern

OSNABRÜCK Der Stadtrat will externen Sachverständigen einkaufen, um das Baustellen-Management zu verbessern. Einstimmig billigte der Rat gestern Abend entsprechende Anträge von Grünen und SPD. Vorangegangen war eine engagierte, aber sachliche Debatte über die Behinderungen durch Baustellen in diesem Sommer. Es herrsche „großer Unmut in der Bürgerschaft und in der Region“, sagte Brickwedde in der von der CDU beantragten Aktuelle Stunde. Gegen den Willen der CDU/BOB-Gruppe bietet die Stadt der Bundesregierung an, Flüchtlinge, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufzunehmen. Eine bunte Ratsmehrheit aus SPD, Grünen, FDP, Linken und UWG/Piraten solidarierte sich mit der Aktion „Seebücke“. CDU/BOB sieht darin „Symbolpolitik“. Außerdem sei der Stadtrat nicht zuständig. *hin, sdo/Seite 17*

Fast 600 rechte Straftaten im ersten Halbjahr

Von Dirk Fisser

OSNABRÜCK Die Sicherheitsbehörden in Niedersachsen haben im ersten Halbjahr 2018 fast 600 Straftaten mit einem rechtsextremen Hintergrund registriert – darunter 20 Gewaltdelikte. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf Anfrage der Grünen hervor, berichtet unsere Redaktion. Schwerpunkt sind demnach die Landeshauptstadt Hannover, Braunschweig und Südniedersachsen. Im Vergleich zu den letzten sechs Monaten des Vorjahres ist die Zahl derartiger Delikte leicht zurückgegangen. Grünen-Abgeordnete Julia Willie Hamburg nannte es bedenklich, dass im zweiten Quartal 2018 laut Landesregierung 33 Verurteilungen wegen rechtsextremer Straftaten erfolgten, im gleichen Zeitraum aber 283 Verfahren eingestellt wurden. Die Tatzeitpunkte selbst liegen teils länger zurück. Etwa 30 Prozent der Straftaten ereigneten sich laut Innenministerium in der Region Weser-Ems.

Änderungen bei Renten kommen

Koalitionsspitze einigt sich auch auf Entlastung beim Arbeitslosenbeitrag

BERLIN Der Weg für Renten-Verbesserungen und eine stärkere Entlastung beim Arbeitslosenbeitrag für Millionen Bürger ist nach langem Ringen in der Koalition geebnet. Die Spitzen von Union und SPD einigten sich gestern am späten Abend in mehreren strittigen Punkten, wie Sozialminister Hubertus Heil (SPD) in Berlin mitteilte. Nun soll sein Rentenpaket heute vom Kabinett beschlossen werden. Es sieht zum 1. Januar 2019 unter anderem Verbesserungen für ältere Mütter und Erwerbsminderungsrentner vor. Der Arbeitslosenbeitrag soll ebenfalls zum Jahreswechsel um 0,5 Punkte auf 2,5 Prozent des Bruttolohns sinken und damit kräftiger als von der Koalition geplant. Festgezurr wurden in der schwarz-roten Spitzenrunde auch Änderungen bei der Mütterrente. So sollen nun alle Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, zusätzlich einen halben Ren-

tenpunkt gutgeschrieben bekommen. Laut Koalitionsvertrag sollten nur ältere Mütter mit drei und mehr Kindern bedacht werden – aber mit einem ganzen Rentenpunkt. Mit der neuen Variante, für die Heil geworben hatte, sollen sieben Millionen statt drei Millionen Menschen Verbesserungen spüren. Die Kosten sollen weiterhin bei jährlich 3,7 Milliarden Euro liegen. Das Rentenpaket sieht außerdem vor, dass das aktuelle

Renenniveau von 48 Prozent bis 2025 stabilisiert werden soll. Das bedeutet, dass eine Standardrente nach 45 Beitragsjahren nicht unter 48 Prozent des aktuellen Durchschnittsverdienstes sinkt. Der Beitragssatz soll zudem nicht über 20 Prozent steigen. Aktuell liegt er bei 18,6 Prozent. Unabhängig davon gibt es weiter Streit über längere Rentengarantien bis 2040, die Scholz gefordert hat. Die Union lehnt eine Debatte darüber ab. *dpa/Seite 2*

Rücktritt von Ministerin nach vernichtendem Urteil

OSNABRÜCK Die Brandenburger Gesundheitsministerin Diana Golze (Linke) ist wegen des Skandals um in Griechenland gestohlene und womöglich nicht mehr wirksame Krebsmedikamente zurückgetreten. Zuvor hatte ein Gutachterteam schwere Vorwürfe gegen das Gesundheitsministerium und die Arzneimittelaufsicht des Landes erhoben. Die Experten werfen den Gesundheitsbehörden unter anderem fehlende Kenntnisse,

falsche Risikoeinschätzung und ein folgenschweres Versagen im Umgang mit wichtigen Informationen vor. Außerdem hätten die Behörden schon 2016 Hinweise auf Arzneimittelfälschungen gehabt, aber erst später eingegriffen. Auch das Bundesgesundheitsministerium soll schon 2017 eingeweiht worden sein. Das Ausmaß der Gesundheitsgefahr für Patienten lässt sich nach Angaben der Experten heute nicht mehr ermitteln. *wam, AFP/Seite 26*

4 196444 5031909 3 00035

WETTER IM OSNABRÜCKER LAND SEITE 8

Mittwoch Donnerstag Freitag Samstag Sonntag Montag

27° 12° 19° 14° 19° 9° 21° 8° 25° 10° 26° 11°

FERNSEHEN SEITE 27

Nichts zu verlieren
 Lustige Komödie: Ganoven entführen einen Reisebus, doch die Insassen bleiben cool. Sie haben an Schlimmerem zu knabbern. **Das Erste, 20.15 Uhr**

BÖRSE SEITE 6

DAX 12 527,42 (- 10,89)
 MDAX 27 207,79 (+ 105,17)
 Dow Jones 26 064,02 (+ 14,38)
 Nasdaq Comp. 8 030,04 (+ 12,14)
 Euro 1,1710 \$ (+ 0,77 Cent)

Neue Osnabrücker Zeitung
 Telefon: 0541/310-0
 Abo-Service: 0541/310-320
 Anzeigen: 0541/310-310

Eine Zeitung der
NOZ
 MEDIEN